



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

VERFASSUNGEN

Wer zum Teufel ist der Schöpfer?

„So wahr mir Gott helfe“ – die Bundeskanzlerin und sämtliche Mitglieder des neuen schwarz-roten Kabinetts schworen letzten Dienstag bei der Vereidigung auf Gottes Beistand. In einigen westlichen Verfassungen spielt Gott eine zentrale Rolle. Das Grundgesetz versteht sich „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“.

Noch etwas gottesfürchtiger geht es bei den Schweizern zu, die sich „im Namen Gottes des Allmächtigen“ und „in der Verantwortung gegenüber der Schöpfung“ auf gemeinsame Spielregeln von Volk, Kantonen und Bund einigten. Hier wird Gott explizit als Schöpfer der Welt und damit die Verfassung als sein Wille verstanden.

Ähnlich sahen es die Gründungsväter der USA. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 – quasi die Bibel der demokratischen Staatsphilosophie – beginnt mit einer Präambel, die für das Rechtsverständnis der gesamten westlichen Welt fundamental wurde: „Wir halten die Wahrheit für offensichtlich, dass alle Menschen gleich erschaffen worden sind und dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie das Recht auf Leben, Freiheit und des Strebens nach Glück“.

Konfrontiert man Chinesen mit dem Gottesbezug westlicher Verfassungen, ist die Antwort kurz und knapp. „Alles gut und recht mit der Schöpfungsgeschichte. Aber, wer zum Teufel ist der Schöpfer?“ So fragte ein lebenserfahrener chinesischer Professor in einer Diskussion, in der es um die für die westliche Gesellschaft prägende Vor-

stellung ging, dass der Schöpfer alle Menschen gleich erschaffen hat, weswegen alle Menschen gleiche unveräußerliche Grund- und Bürgerrechte haben sollen. Der chinesische Kollege benötigt keinen Gott und schon gar nicht einen allmächtigen Schöpfer, um mit sich, dem Leben und der Gesellschaft im Reinen zu sein. Eher verdächtigt er den Glauben an Gott als gefährlichen Aberglauben, dem besser zu misstrauen als zu vertrauen sei.

Wer die Existenz eines Schöpfers in Frage stellt, wird in den nächsten Tagen weder Heiligabend noch Weihnachten feiern. Er wird bestenfalls begreifen, aber nicht unterstützen, was es da zu zelebrieren gibt. Genauso hat er eine abweichende Sicht von Recht und Unrecht und von der Beziehung zwischen dem Individuum und dem Staat als es der Mehrheitsmeinung im Westen entspricht. Entsprechend anders werden in West und Ost die Fragen beantwortet, was man tun darf, was zu lassen sei, welches Gewicht Einzelne in und gegenüber der Gesellschaft haben sollen und wie weit Menschenrechte und die Würde des Menschen unantastbar sind.

Obwohl seit dem zweiten Weltkrieg die Globalisierung nationale Volkswirtschaften vernetzte, blieben ferne Welten fremde Welten mit anderen Kulturen, anderem Moral- und Rechtsverständnis. Daraus ergeben sich in der Praxis internationaler Aktivitäten einige Probleme. Im Kleinen zeigen sie sich, wenn Deutsche mit Ostasiaten nach langen Verhandlungen Verträge abschließen und dann glauben, dass damit alles geregelt sei. Für Ostasiaten hingegen ist der Vertragsabschluss nicht das Ende,

sondern der Anfang von Verhandlungen, nämlich darüber, wie der Vertrag mit Leben zu füllen sei.

Im Großen wird klar, wie schwierig es für Weltorganisationen wie die UNO, die WTO oder die Weltklimakonferenzen werden wird, Kompromisse zu vereinbaren, die von allen Beteiligten auch wirklich akzeptiert werden. Der Osten und der Süden der Welt sind erwachsen geworden. Was früher vom Westen (also Europa und seinem Sprössling Nordamerika) vorgegeben

wurde und von der übrigen Welt zu akzeptieren war, wird nun oft abgelehnt – wie die Schöpfungsgeschichte.

Die aufstrebenden Volkswirtschaften aus Asien, Afrika und Lateinamerika wollen mehr Mitsprache und weniger westliche Bevormundung. Sie wollen bei der Gestaltung der Spielregeln der Globalisierung mitbestimmen. Dabei zeigt sich immer deutlicher, wie unterschiedlich die Vorstellungen, Werte, Hoffnungen und Erwartungen in den aufstrebenden und den

westlichen Ländern sind. Immer seltener gelingt es, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Der Westen wird sich etwas einfallen lassen müssen, um seine Sicht der Welt, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der Freiheit und dem universalen Schutz unveräußerlicher Menschen- und Bürgerrechten als Maß aller Dinge bewahren zu können.

Dieser Beitrag erschien am 23.12.2013 auf „Die Welt“ (www.welt.de).